

mitte drin

Ausgabe 07-08 / 2019 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Rot-rot-grün sorgt für Schulstart mit Verbesserungen

Kostenloses Mittagessen für Grundschüler*innen, kostenlose Nutzung von Bus und Bahn für alle Schüler*innen, Einführung der Beitragsfreiheit und Abschaffung der Bedarfsprüfung im Hort für Kinder in den Klassen eins und zwei – damit sorgt die Koalition für einen guten Start ins Schuljahr 2019/20 und für mehr Chancengleichheit beim Zugang und Erwerb von Bildung.

Neben der finanziellen Entlastung der Familien entfallen auch entwürdigende und aufwendige Prozeduren, in denen viele Eltern und Kinder (ca. ein Drittel der Berliner Minderjährigen ist von Sozialleistungen abhängig) regelmäßig ihre Bedürftigkeit nachweisen mussten, um Ermäßigungen zu erhalten.

Ein beitragsfreies Mittagessen forderte DIE LINKE seit langem. Ein leerer Bauch studiert nicht gern. Doch es geht um mehr. Das Mittagessen ist in vielen Schulen längst Bildungsangebot. Sich gesund zu ernähren will eben auch gelernt sein. Auf Initiative der rot-rot-grünen Koalition werden 50 Prozent der Speisen aus Bio-Produkten bestehen. Und weil



Alle Schüler*innen einsteigen, ihr fahrt kostenlos!

das seinen Preis hat, stellt das Land dafür und für die Umsetzung sofort zusätzliche Mittel und Personal bereit. Mehr Kinder im Hort und beim Schulmittagessen, weil es nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt, das ist

politisch gewollt. Berlin ist damit das erste und einzige Bundesland, das ein kostenloses Mittagessen für Kinder von der ersten bis zur

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Der neue Mietendeckel stärkt das Recht auf Wohnen

Berlin betritt juristisches Neuland. Der Senat nannte Eckpunkte für das Mietengesetz: Die Mieten für alle frei vermieteten Wohnungen werden für fünf Jahre eingefroren. Mehr dazu von Katrin Lompcher, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen (LINKE).

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Den Ärger über Wahlerfolge der AfD gibt's umsonst

Stattdessen heißt es nachzudenken, fordert Genossin Anni Seidel, und das heißt für sie und für uns - Fragen zu stellen innerhalb und außerhalb der Partei. Damit Antworten gefunden werden können auf drängende Herausforderungen, die unsere Zukunft tödlich bedrohen.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

Mein erster Wahlkampf als Mitglied der LINKEN

Es war anstrengend und hat gleichzeitig viel Spaß gemacht, schreibt Frauke Ofterdinger. Aber ihr fehlte . . . irgendwas, und sie fragt: Waren wir nicht viel zu brav? Konnten wir nicht besser zeigen, wofür wir stehen und was für ein Europa wir wollen?

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Wir laden herzlich ein:

Familien Sommerfest am 24. August, ab 15 Uhr

im **Kreativhaus** auf der **Fischerinsel** (U-Bahnhof Märkisches Museum)

Spiele, Kletterturm, Spaß und Sport für die Kinder; **Musik, Lesungen und Gespräche**

für die Erwachsenen **und viele weitere Überraschungen!**

Mit dem Liedkabarett **MTS** (makaber, taktlos aber sauber!)

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337

Mo. bis Mi. 9-16.30 Uhr,

Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

BVV geht in die Sommerpause

Die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte begann am 20. Juni nach den Einwohneranfragen mit der Verleihung der Bezirksverdienstmedaille für besondere Verdienste im Jahr 2018.

Sie ist eine Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements und der persönlichen Leistungen für den Bezirk Mitte. Verliehen wurden sie an Anica Valentin, die seit mehr als 20 Jahren öffentliche Grünflächen an der Kreuzung Alt-Moabit/Krefelder Straße pflegt, und an Horst Peglau, der viele Jahre Mitglied des Behindertenbeirates Mitte und von 2010 bis 2018 dessen Vorsitzender war.

Nach der Verleihung setzte die BVV ihre inhaltliche Arbeit mit einer langen Tagesordnung vor der Sommerpause fort.

Die Linksfraktion fragte nach, warum die Personalsituation im Schul-Umwelt-Zentrum (SUZ) im Hinblick auf das neue Schuljahr 2019/20 ungeklärt ist. Wieso schafft es das Bezirksamt nicht, interessierte und erprobte Menschen, die im SUZ Mitte lernen und/oder tätig sein wollen, durch schnelle Entscheidungen und attraktive Arbeitsbedingungen für den

Bezirk zu gewinnen? Wie wird das Bezirksamt die Personalsituation bis Schuljahresbeginn schnellst- und bestmöglich sichern?



Horst Peglau (dritter von rechts) wurde für seine jahrelange Arbeit im Behindertenbeirat Mitte mit der Bezirksverdienstmedaille geehrt

Das Bezirksamt antwortete, dass es sich bemühe, die anstehenden Aufgaben zu erfüllen.

Petra Schrader, Schulpolitische Sprecherin der Linksfraktion, sagt dazu, dass dies nicht ausreicht, wenn man bedenkt, dass es schon Ende Juni und die Zeit damit weit fortgeschritten sei. Es reiche nicht, wenn das

Bezirksamt betont, dass es interessiert sei, neue Auszubildende und junge Menschen für das Freiwillige Ökologische Jahr zu gewinnen. Fest steht, dass es bisher keinen einzigen Ausbildungsbeginner vorweisen kann. Das ist inakzeptabel. Immerhin hat die Anfrage Öffentlichkeit für die Probleme hergestellt und den Handlungsbedarf verdeutlicht.

Die Linksfraktion stellte außerdem den Antrag, dass die mit dem Tarifabschluss der Länder erzielten Ergebnisse vollständig an die Beschäftigten der im und für den Bezirk Mitte tätigen freien Träger zu übertragen sind. Dabei ist sicherzustellen, dass die Tarifierhöhungen auch vollständig bei den Beschäftigten ankommen. Die BVV stimmte unserem Antrag bei Enthaltung der CDU zu.

Andreas Böttger
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE.
in der BVV Berlin-Mitte

Alle Informationen über die Initiativen der Linksfraktion in der BVV Mitte findet man unter

www.linksfraktion-berlin-mitte.de

Blick aus dem Amt

Instrumentenmix für Erhalt der Durchmischung

Der Senat hat Eckpunkte für einen Mietendeckel beschlossen. Dazu soll bis Oktober ein Gesetz vorliegen, das schließlich Anfang 2020 in Kraft tritt und die vorhandene Teuerungsspirale aufgrund von Spekulationen unterbindet. Der Mietendeckel wird die uns zur Verfügung stehenden wohnungspolitischen Instrumente ergänzen.

Für die Bezirke sind bereits die Instrumente des Wohnungsneubaus durch städtische Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften, die Instrumente des Milieuschutzes und des Zweckfremdungsverbotsgesetzes (ZwVbG) verfügbar. Wohnungsneubau ist im stark verdichteten Bezirk Mitte nur begrenzt möglich. Umso wichtiger ist daher, dass Wohnraum geschützt und die Angebotsverknappung durch zweckfremden Gebrauch und teure Modernisierungen kontrolliert werden.

Die einzelnen Instrumente für sich alleine können Nutzungskonflikte nicht auflösen. Um den Markt zu kontrollieren und eine soziale Durchmischung im Kiez zu sichern, ist die konsequente, ergänzende Anwendung der

verschiedenen Instrumente wichtig. In der Anwendung der einzelnen Instrumente wird es voraussichtlich immer wieder Situationen geben, in denen neue Konflikte zu Tage kommen und den Beteiligten die Grenzen ihrer Handlungsspielräume deutlich werden. Die Fälle, in denen beispielsweise gemeinnützige Träger oder Vereine mit dem ZwVbG konfrontiert werden, haben in der Öffentlichkeit hohes Skandalpotential. Mit dem ZwVbG kann dennoch effektiv, wenn auch nicht in der eigentlich nötigen Schnelligkeit, gegen Leerstand, Ferienwohnungen und andere Formen der Zweckfremdung vorgegangen werden. Hierbei ist das Gesetz wohnungsscharf anzuwenden und verlangt erhöhten Personaleinsatz und erhebliche Ermittlungsarbeit.

Neben den Instrumenten der institutionellen Politik und Verwaltung bleiben das bürgerschaftliche Engagement und der Protest wichtig. Betroffene Mieter*innen sollten sich in den Häusern vernetzen, um gegen teure Modernisierungen vorzugehen und sich bei Mieterschikanen in privatrechtlichen Maßnah-

men zu unterstützen. Duldungen sollten nicht ohne Rücksprache mit Beratungseinrichtungen unterschrieben werden.

Der wohnungspolitische Instrumentenmix mit dem neuen Mittel des Mietendeckels wird sich weiterhin beweisen müssen. Mit Spannung blicken wir nun auch auf den weiteren Verlauf der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Eine Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen würde den Instrumentenmix verstärken.

Ramona Reiser
Stadträtin für Jugend,
Familie und Bürgerdienste

Die Linke – Fraktion in der BVV
Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Mietendeckel – bisher radikalste Maßnahme gegen Mietenwahnsinn

Der Mietpreisanstieg in Berlin ist ungebrochen. Auch wenn der neue Mietspiegel zeigt, dass er sich etwas verlangsamt hat, ist das kein Grund zur Entwarnung.

Denn für viele Berliner*innen ist die Miete schon jetzt zu hoch und die Angebotsmieten sind mit über 10 €/qm für viele unbezahlbar. Der Berliner Wohnungsmarkt ist heiß gelaufen und das Nachsehen haben die Mieter*innen. Seitens der GroKo kann Berlin nicht auf Unterstützung bei einer sozialen Mietenpolitik hoffen. Alles muss man selber machen - darum handelt Berlin und stärkt das Recht auf Wohnen.

Ein juristischer Artikel in einer Fachzeitschrift stieß im Herbst 2018 eine Debatte um Mietpreisbegrenzungen auf Landesebene an. Die Gesetzgebungskompetenz hat Berlin seit der Föderalismusreform 2006. Berlin betritt

mit dem Mietendeckel allerdings juristisches Neuland. Das ist auch mit Risiken verbunden. Unter dem Druck der großen Mietendemos und nicht zuletzt des Volksbegehrens „Deutsche Wohnen & Co. enteignen!“, das DIE LINKE. Berlin unterstützt, hat der Senat im März aber beschlossen, dieses Risiko einzugehen und Eckpunkte für ein Mietengesetz zu erarbeiten.

Die Eckpunkte liegen jetzt vor: Für alle frei vermieteten Wohnungen in Berlin sollen die Mieten für fünf Jahre eingefroren werden. Bei Neuvermietung müssen Mietobergrenzen eingehalten werden. Die Überlegung, einen Mietpreisstopp und zugleich Mietobergrenzen einzuführen, rührt daher, dass nur ein Moratorium schwer mit dem Gebot der Gleichbehandlung zu vereinbaren wäre. Denn so bekämen nicht nur niedrige, sondern auch hohe Mieten einen „Bestandsschutz“, der kaum zu rechtfertigen ist. Hingegen würde eine Mietobergrenze ohne Moratorium das Ziel verfehlen, das jetzige Mietniveau zu sichern. Von einer solchen Regelung würden nur Mieterinnen und Mieter mit bereits höheren Mieten profitieren, während die niedrigen oder günstigen Mieten bis zu einer Mietobergrenze weiter steigen würden.

Der Mietendeckel soll künftig auch bei Mieterhöhungen nach Modernisierungen greifen – einer der Hauptursachen von Verdrängung. Für Modernisierungsmaßnahmen gibt es in Zukunft Anzeige- und Genehmigungspflichten.

Bei Erhöhungen von mehr als 50 Cent/qm wird die Maßnahme geprüft und kann dann genehmigt oder auch versagt werden. So soll



Katrin Lompscher

Wahnsinn!

Die Initiatoren des Volksbegehrens „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ haben der Innenverwaltung

77.001 Unterschriften für die Enteignung der großen Immobilienkonzerne und für Wohnen in öffentlichem Eigentum übergeben.

Danke an alle, die mitgemacht haben.



in Zukunft vermieden werden, dass Modernisierungen mit massiven Mietsteigerungen durchgeführt werden oder Mieter*innen aus ihren Wohnungen „herausmodernisiert“ werden. Dagegen sollen jedoch z.B. energetische Maßnahmen, die Betriebskosten senken, zulässig bleiben.

Vom Berliner Mietendeckel profitieren Mieter*innen von weit über 1,4 Mio. Mietwohnungen in Berlin. Er ist die seit Jahrzehnten wohl radikalste Maßnahme gegen den Mietenwahnsinn. Das zeigt: R2G wirkt. Es ist nicht egal, wer regiert.

**Katrin Lompscher,
Senatorin für Stadtentwicklung
und Wohnen**

Fortsetzung von Seite 1: Rot-rot-grün sorgt für Schulstart mit Verbesserungen

sechsten Klasse gesetzlich festschreibt. Es gab und gibt nicht wenige, die meinen, dass das alles zu schnell komme und die Schulen darauf nicht vorbereitet seien. Klar, dass die Umsetzung die Schulen zum Teil vor erhebliche Probleme stellt. Doch viele dieser Entscheidungen basieren auf langjährigen Forderungen von Pädagog*innen, Eltern und Gewerkschaften. Außerdem stellt sich die Frage, wann wenn nicht jetzt der richtige Zeitpunkt dafür ist. Es ist im Interesse der Kinder längst überfällig. Es stimmt, vieles wird zunächst provisorisch sein,

man wird weiter zusammenrücken müssen und manche Schule wird mehrere Essensdurchgänge brauchen. Doch dank des Engagements vieler Beteiligter wird es zu schaffen sein. Die Koalition hat außerdem weitere finanzielle Mittel zugesagt, um die Situation schnell zu verbessern.

Das neue Schuljahr wird in jedem Falle eine Herausforderung für alle. Ein starker Jahrgang kommt in die Grund- und weiterführenden Schulen. Viele der Schulen haben ihre eigentliche Kapazitätsgrenze längst

überschritten. Wir brauchen dringend mehr Schulplätze. Die von der Koalition initiierte Schulbauoffensive muss weiter Fahrt aufnehmen. Dazu kommen die Anforderungen der Digitalisierung, die Bereitstellung von ausreichend Lehrpersonal und vieles mehr. Es wird in vielerlei Hinsicht ein wichtiges neues Schuljahr, für das wir den Schüler*innen, den Kollegien in den Schulen, den Eltern und vielen anderen Beteiligten und Engagierten viel Kraft, Glück und Erfolg wünschen.

Petra Schrader

Durch den Sommer mit Nachdenken

Juli, August - Hochsommer. Zeit für Urlaub, Reisen, Erholen. Nach den Wochen des Europawahlkampfes haben viele Genossen Entspannung verdient. Viele werden an der Ostsee, am Mittelmeer oder in der französischen Provence auch über den Wahlausgang nachdenken, was wir in unserer Partei tun sollten, um stärker und einflussreicher zu werden. Befragt hat sieben DIE LINKE-Mitglieder Matthias Herold, der selbst eine weitere Profilierung der „Mittendrin“ und viel mehr Leser - eine bessere Verteilung - auch in Moabit, Wedding und Gesundbrunnen erwartet.

Für mich war der Europawahlkampf mein erster Wahlkampf als Mitglied der Partei DIE LINKE. Viele Plakate habe ich auf- und abgehängt, an Infoständen Material verteilt und für die Linke Kinonacht Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Es war anstrengend und hat gleichzeitig viel Spaß gemacht. Trotzdem bleibt bei mir das Gefühl, dass wir mit unserer Kampagne die Menschen nicht richtig erreichen konnten. Auch mir hat irgendetwas gefehlt.

Wenn ich mir unsere Wahlplakate angeschaut habe, dachte ich, ja das stimmt schon alles, aber ist die Kampagne nicht viel zu brav? Und sind diese vielen Plakate nach dem Wahlkampf nicht auch nur Abfall, von dem wir eh schon genug produzieren?

Dazu kam noch die für mich völlig unverständliche Entscheidung der Linken in Lichtenberg zur Rummelsburger Bucht. Dies hat den Straßenwahlkampf extrem erschwert, gerade weil wir unseren Europawahlkampf in Berlin mit sehr regionalen Themen vermischt haben.

Ich vermisste im Wahlkampf Aktionen, die richtig laut und eindeutig sind, die mutig und selbstbewusst zeigen, wofür wir stehen und welche Dinge wir in Europa nicht mehr hinnehmen wollen. Dafür müssen ungewöhnliche Ideen und Kampagnenansätze gefunden werden. Außerdem sollte auch im Social Media-Bereich viel mehr passieren. Hierbei darf, bei all der Ernsthaftigkeit der Themen, auch mal mit etwas intelligenter Ironie um die Ecke gedacht werden.



Frauke Ofterdinger

Trotz eines guten Parteiprogramms wird eine Strategiedebatte gefordert. Warum nicht ebenso intensiv eine Analyse über die Ursachen für die Lage in unserer Partei? Weil die analytischen Ergebnisse stören würden beim Wunschenken, bald könnte es im Bund zu einer Rot-Rot-Grünen Koalition kommen? Einigen kann es nicht schnell genug gehen, sich mit der Staatsräson der BRD zu versöhnen, die NATO-Verpflichtungen zu akzeptieren und so auch Bundeswehr-Auslandseinsätze. Eine maßlose Übertreibung? Nein - zwingende Voraussetzung für R2G. Wer Höheres anstrebt, hat dann auch schnell so seine Probleme, einen Antrag für friedliche Beziehungen zu Russland oder für Solidarität mit Venezuela auf einem Bundesparteitag zu behandeln.

Wir müssen uns wieder auf unseren Markenkern besinnen. Inhaltsleere Personaldebatten helfen dabei ebenso wenig wie eine nicht vordergründige Debatte über eine Fusion von SPD und LINKEN.

Auch zu Arbeiterklasse, Nation und EU hätte ich bei mehr Platz auf dieser Seite einiges zu bemerken und vorzuschlagen. Aber die Diskussion hat ja erst begonnen.



Ellen Brombacher

Wir haben nachzudenken und das heißt Fragen stellen, nicht im stillen Kämmerlein, sondern bei vielen in und außerhalb der Partei. Vor allem geht es um die seit langem fällige Strategiedebatte und damit Programmdebatte in gravierend veränderten Zeiten und damit um die Frage: Was bedeutet das für das inhaltliche Agieren, für das Parteilieben, für das Gespräch mit den Bürgern?

Wundernd über die Erfolge der Grünen zu staunen, steht uns nicht an, aber Gespräche und Fragen an sie, zum Beispiel zu ihrem breiten Umwelt- und Klimaverständnis, zu ihren lockeren Debatten mit jungen Leuten.

Sich zu ärgern über Wahlerfolge der AfD ist kostenlos, zu fragen ist besser, haben wir nicht dazu beigetragen? Warum überlassen wir der CDU, dass auf Grund historischer Entwicklung um und nach 1945 die Bürger der ehemaligen BRD und die Bürger der heutigen ostdeutschen Länder ein äußerst unterschiedliches Verhältnis zu Russland und zu den USA haben? Überlassen wir die Folgen des 2. Weltkrieges, zu denen auch die Existenz von Ost- und Westdeutschland gehört, der Kalte Krieg u.a.m. irgendwelchen Geschichtsdeutern in der AfD? Diese Entwicklung hat Leben geformt, Denken, Gefühle, Lebensweisen in Ost und West. Wo spielt das eine Rolle

in unserer politischen Arbeit? Die Ostdeutschen haben den Kahlschlag der Deindustrialisierung durch die Treuhand und deren Folgen für ihr tägliches Leben nicht vergessen. Haben wir Linke das berücksichtigt oder überlassen wir das der AfD? Reden wir mit den Menschen, die mit den erneut gravierenden Veränderungen, Kohleausstieg und Digitalisierung, fertig werden müssen?

Oder: welche Rolle spielt in unserem Nachdenken, dass wir soziale Gerechtigkeit nie alleine durchsetzen können. Bündnispartner gewinnen heißt miteinander reden, zu Kompromissen bereit sein u.a.m. Das heißt auch Teilhabe an Macht zu haben, mit demokratischen Mitteln zivilgesellschaftliche Veränderungen erreichen. Strategien zu entwickeln schließt für mich immer ein, zu erarbeiten, was ist real wann mit wem und wo möglich, auch Utopien.

Prof. Dr. Anni Seidl, Mitglied des Ältestenrates und der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE



und neuer Kraft für uns LINKE

Zu Beginn des Wahlkampfes haben wir uns mit organisatorischen Dingen herumschlagen müssen, die viel Zeit gefressen haben. Die Initiierung neuer Formate wie Videobeiträge und eigene kleine Wahlkampfvideos wäre ohne die Bereitstellung von privatem Equipment nicht möglich gewesen. Der Erfolg dieser Projekte zeigt, dass in der Vergangenheit die sozialen Medien und die Öffentlichkeitsarbeit vernachlässigt wurden. Hier müssen wir eine kontinuierliche Infrastruktur schaffen, denn an der Motivation mangelt es uns nicht.



Wahlkampf hat aber auch immer etwas mit aktiven und neuen Mitgliedern, frischen Ideen und motivierten Menschen zu tun. Und in der Tat sind in der Vergangenheit sehr viele junge Menschen bei uns im Bezirksverband eingetreten. Doch wo sind viele dieser Jungen abgeblieben? Viele Neumitglieder kommen oftmals nicht in den Bezirksstrukturen an. Sie treten zwar ein, gehen uns dann aber verloren. Und an dieser Stelle müssen wir uns fragen, wie können wir das verbessern und so strukturieren, dass unsere Neumitglieder von der ersten Sekunde an Bock haben, sich einzubringen und auch diese Möglichkeit erhalten. Wenn wir darüber reden, was wir anpacken müssen, um es besser zu machen, sollten wir mit uns selbst beginnen. Politik verändert sich und dem darf sich unsere Partei nicht verschließen.

Fabian Koleckar, Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte

Mit unserem tollen Programm haben wir 12,6 Prozent in Mitte geholt! Über diese Zahl freuen wir uns. Gleichzeitig ist es aber auch eine traurige Zahl, da wir trotz unseres engagierten Wahlkampfes 4,4 Prozent in Mitte verloren haben. Dabei sind wir gerade in Mitte, in dem „Bezirk der Extreme“ (Sozialbericht, J. Buttler, 2019), mit unserem Programm für Vielfalt besonders wichtig. Was ist schiefgelaufen? Immerhin sind wir sozialer als die SPD, mindestens so umweltfreundlich wie die Grünen und beim Thema Digitalisierung überholen wir die FDP. Scheinbar ist uns eine Kommunikation des Programms nicht gelungen. Vor allem nicht in den sozialen Medien, wo uns die Grünen um Längen überholt haben. Frische Videos, die uns vorstellen und unsere Themen gekonnt erklären, müssen Teil unseres Wahlkampfes sein, wenn wir im 21. Jahrhundert mitspielen wollen. Auch die unklare Haltung zu Europa hat uns geschadet und uns Wähler*innen gekostet.



Zhana Jung, Co-Vorsitzende des Bezirksverbandes Mitte

Wir wollen im Bezirk Mitte die nächsten Wahlen auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene gewinnen! Dass das möglich ist, haben wir bei den Wahlen 2016 und 2017 gezeigt. Wir müssen aber aus den schlechten EU-Wahlergebnissen die richtigen Schlussfolgerungen ziehen: Lasst uns den Menschen zeigen, dass wir als DIE LINKE neben unseren vielen Kernkompetenzen, wie z.B. Schaffung leistbaren Wohnraums, Solidarity City und wirklicher Friedenspolitik, eben auch die einzige Partei sind, die für Klimagerechtigkeit kämpft. Die menschengemachte Erwärmung des Erdklimas und ihre katastrophalen Folgen sind die zentrale Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit.



Mit radikal sozial-ökologischen Konzepten, harter politischer Arbeit und Wahlkampf, bei denen unsere Kandidierenden überall im Bezirk für alle Menschen erlebbar sind, werden wir die nächsten Wahlen gewinnen! Ich freu mich drauf!

Steve Rauhut

Eigentlich war ich überzeugt, wir wären gut vorbereitet auf die Europawahl. Wir hatten gute Kandidaten - ohne einen Herausreißer -, aber eine belastbare Mischung. Und wir hatten ein straffes, verständliches und zielgerichtetes Programm. Aber dann im Wahlkampf trat eine Bewegung auf, die wir nicht erwartet hatten: Fridays for future. Meist noch nicht Wahlberechtigte brachten nachdrücklich das Thema Klimaschutz in die Auseinandersetzung und gaben den Wahlberechtigten, vor allem den Parteien, einen heftigen Stoß in eine bestimmte Richtung. Darauf waren die - außer den Grünen - kaum vorbereitet. Für die Linke, die im Denken auf der Seite der jungen Leute ist, wurde es bitter, 5,5 Prozent Stimmanteil. Es tröstet nicht, dass die anderen auch büßen mussten.

Wir müssen unsere Verantwortung voll anerkennen. Denn bei uns kamen noch mehr Faktoren zur Wirkung, nicht nur die Pro-

grammatik erwies sich als zu schwach in den ökologischen Fragen, wir waren auch nicht geschlossen im Kampf. Zu viele Nebenkriegsschauplätze in der Partei spielten noch eine Rolle, es gab bedeutende Führungsschwächen in Parteivorstand und Fraktion.

Unsere Orientierung auf Frieden und soziale Gerechtigkeit konnten wir nicht so kommunizieren, dass es die Wähler*innen begriffen. Für die Wähler ist das Europa-Parlament kaum erlebbar. Sie bräuchten mehr Hilfe, um verstehen zu können, wie wir dort unsere Vorstellungen umsetzen wollen, und ob wir in der Lage sind, etwas für die Menschen zu schaffen. Lasst uns weiter nachdenken, wie wir es beim nächsten Mal besser machen können.



Horst Giese

Ein Stadtsommer wie immer

Manche ärgert, andere freut die Sommerhitze, manche strahlen schwitzend, auch gereizter Berliner Umgangston hält an. So beim Vater mit Kind im Großfahrrad in der Linienstraße, der den hupenden, dann haltenden Taxifahrer anbrüllt, bevor er und ein Mountainbike trotz Fußgänger über den gelb gestreiften Fußgängerüberweg rasen. Kein Ordnungsamt, Polizei oder Ampeln. Da macht es Sinn, wenn die Kita Kleine Auguststraße ein Riesenstoppbild auf den Damm sprayt. Manieren verfallen, Kulturerbe scheint auf Staatsoper und Mauerweg geschrumpft, dabei flanierten durch Berlin Mitte schon Bürgerliche und Aristokraten Unter den Linden, dampften im Feuerland Maschinen, gefielen Konsumtempel zwischen Leipziger Straße und Potsdamer Platz und grelles Amüsement in der Friedrich-, gabs proletarisches Elend nicht nur nördlich und östlich der heutigen Torstraße. Die hieß zu Ehren der 1871er Einverleibung von Elsaß und Lothringen ab 1883 halb Lothringer-, halb Elsässer Straße, getrennt am Rosenthaler Platz, doch am Geburtstag des ersten DDR-Präsidenten 1951 wurden beide

zur Wilhelm-Pieck-Straße, diese wiederum dank Nachwendezeit 1994 zur Torstraße. Vergessen sind Oranienburger-, Rosenthaler und Prenzlauer Tor, heute gehts um Retro, Glasneubau, ausgefallene Gastronomie, coole Party, schrille Mode, wechselnde Startups, nicht um Gebäude vom Ende des 19. Jahrhunderts und die ältere Vorstadt, dabei haben 50 Häuser Denkmalschutz! Ich gehe in der Torstraße meist zu Fuß, selten fährt, nur fünfmal hält der 142er Bus, zuverlässiger rauscht Tram Nummer 2 in und aus der Prenzlauer Allee, biegen 8 und 1 am Rosenthaler Platz ab, herrscht mit Generation Y und Z nächtlich Hochstimmung, ist der U-Bahnsteig auch Treffpunkt, Schlafplatz, Raucherinsel und Konzerthalle, während oben Ampeln den Verkehr stauen, auf Bürgersteigen geradelt wird. Überall Leute, Bier, Fleisch, Fisch, vegetarisch, vegan, Autolärm, Musik, viel Gerede. Lokale tragen See und Meer im Namen, Berlins Gewässer ist nah, von Ufer und Dampfer sieht man auch



Beliebter Treff – Weinbergsweg 25 in Mitte

die Pergola unterhalb des zerstrittenen Monbijou-Theaters, die die Tanzfläche markiert. Es gibt die Prachtbauten Bode-Museum, Postfuhr-, Hauptpost- und Telegrafenamts aus jener Zeit, in der Großberlin Weltstadt wurde. Jetzt wird auch viel gebaut. Fast fertig der Doppeldurchgang Oranienburger Straße, doch zu unbewohnt und verkommen wirkt seit langem das große Haus 46/47.

Irene Runge

Umweltpreis Berlin-Mitte für die Carl-Kraemer-Grundschule

Was ist Natur? Wo ist mein Platz in ihr? Diese Fragen muss jeder für sich klären, um einen Lebensstil zu entwickeln, der nachhaltiges Handeln beinhaltet. Mit diesem Ansatz wirkt das Projekt „Natur und Ich“, gefördert vom Quartiersmanagement Soldiner Kiez in einer Kooperation der Carl-Kraemer-Grundschule mit der puk a malta gGmbH seit zwei Jahren.

Nun wurde „Natur und Ich“ für seine Arbeit mit dem 1. Platz in der Kategorie Schulprojekte des Umweltpreises 2019 vom Bezirk Berlin Mitte ausgezeichnet. Der philosophische Ansatz des Naturerfahrungsprojekts ist es, dass Menschen zu allererst einen persönlichen Bezug zur Natur benötigen. Dann ist es ihnen möglich, eine Haltung zu entwickeln, um die Natur nicht weiter zu zerstören, sondern sie erhalten oder gar eine Verbesserung der Umweltbedingen bewirken zu wollen.

Die Entwicklung eines solchen Verhaltens bewirken jedoch keine Ratschläge, Belehrungen oder ergreifende Dokumentationsfilme von den Erwachsenen. Nur wenn ein junger Mensch selbst einen Bezug zur Natur

aufbaut, kann diese Verbundenheit die Einsicht für nachhaltiges Verhalten entstehen lassen. Dabei ist es wichtig, zu verstehen, dass man selbst ein Teil der Natur ist. Ihr Erhalt bedeutet für jeden Menschen persönlich Lebensqualität, Gesundheit und eine Zukunft für sich und seine Familie. Die Naturzerstörung bedeutet das Gegenteil. „Natur und Ich“ hat das Ziel, der Naturentfremdung und der Verhäuslichung von Kindern in der Großstadt entgegen zu wirken. Albatros Outdoor in Beeskow (Brandenburg) hilft den teilnehmenden Schüler*innen eine fünftägige intensive Naturerfahrung zu erleben. Im Anschluss daran unterstützt die Kiezkunstwerkstatt „Made in Wedding“ in der Koloniestraße das Projekt dabei, die Naturerfahrung über einen ästhetischen Weg zu emotionalisieren. Ein wichtiger Baustein für das Fundament des persönlichen Bezugs zur Natur und somit ein Schritt in Richtung nachhaltigen Verhaltens.

Mehr Infos zum Projekt auf:
naturundich.made-in-wedding.de



Christian Otto (rechts) mit Mitgliedern des Schulprojekts „Natur und Ich“

Wenn Sie mit ihrer Kindergruppe am Projekt teilnehmen oder es unterstützen möchten, melden Sie sich bitte unter otto@puk-amalta.de

Christian Otto

Aus dem Abgeordnetenhaus

Kampf um ehemaliges Schulgrundstück

Das vormalige Gebäude des Diesterweg-Gymnasiums gleicht einem UFO, das im Brunnenviertel gelandet ist: knallorange und in manchen Stilelementen ähnlich dem ICC in Charlottenburg.

In seiner Erbauungszeit galt die Architektur als besonders futuristisch, heute kann man sie als klassisch für das öffentliche Bauen der damaligen Zeit ansehen. 2011 wurde der Schulbetrieb in dem Gebäude beendet – zu viel umbaute Fläche für zu wenig Schüler*innen, lautete die Diagnose. Dass dies erst acht Jahre her ist, kann sich heute in den Zeiten des dramatischen Mangels an Schulplätzen kaum noch jemand vorstellen. Seit der Schließung entwickelte die Initiative ps wedding ein Nutzungskonzept für Gebäude und Grundstück. In der ursprünglichen Fassung sieht es den Bau von 320 Wohneinheiten vor, darunter mehr

als drei Viertel mit Mieten unter 6,50 Euro.

Zugleich sollten eine Kita, Räume für soziale Träger und Kultur entstehen. Partner beim Wohnungsbau sollte die städtische Wohnungsbaugesellschaft degewo sein, die in einem Neubau etwa 180 der Wohnungen errichten sollte. Die Pläne von ps wedding sind ein Pilotprojekt für alternative Formen der Grundstücks- und der Quartiersentwicklung: zivilgesellschaftliche Initiativen und öffentliche Wohnungsbaugesellschaften Hand in Hand. Im vergangenen Jahr standen die Pläne kurz vor der Umsetzung, die Grundstücksübertragung auf Landesebene war bereits vorbereitet, das Okay des für Liegenschaften zuständigen Finanzsenators lag ebenfalls vor.

Dann kam das Umdenken im Bezirk: die Schülerzahlen entwickeln sich steil nach oben, lange wurde dafür keine Vorsorge getroffen. Nun brennt es und die bebaubaren Flächen

in Mitte sind rar. Zudem hatte der Bezirk das Grundstück als Fläche für Geflüchtetenwohnungen ins Visier genommen.

Die Initiatoren überarbeiteten ihre Pläne: könne man nicht Schule, Kita, soziales Zentrum und sogar Geflüchtetenwohnungen gemeinsam auf dem Grundstück unterbringen? Ein Runder Tisch unter Beteiligung der Koalition auf Landesebene, des Bezirksamtes, der BVV-Fraktionen sowie weiterer Expert*innen tagt nun, um einerseits Schulbedarfe und andererseits die innovative Idee von ps wedding unter einen Hut zu bringen. Bis September soll eine Lösung für das umkämpfte Grundstück gefunden sein.

Tobias Schulze



Tobias Schulze im Gespräch mit Sabine Horlitz von ps wedding

Wir gratulieren im Juli zum Geburtstag!

- Zum 98. Karl-Heinz Schleinitz
- Zum 96. Leonhard Kossuth
- Zum 94. Elli Glöckner, Adelheit Telle
- Zum 93. Dora Schmidt, Erika Teltow
- Zum 92. Ingeborg Weber, Jannek Streber
- Zum 91. Heinrich Swoboda
- Zum 89. Edeltraut Neumann, Käthe Streber, Gisela Zachmann, Gertraud Theuring
- Zum 87. Ruth Breden
- Zum 86. Nina Freudenberg, Ruth Rümmler
- Zum 84. Marianne Wegracht, Robert Michel, Robert Schmidt
- Zum 83. Ellen Richter, Ingrid Stingl, Gisela Weißbrodt, Dietmar Weidensdorfer
- Zum 82. Margot Marz, Barbarina Wiench
- Zum 81. Brigitte Poppe; Klaus Jacob
- Zum 70. Gabriele Jegielka

Wir gratulieren im August zum Geburtstag!

- Zum 92. Günter Paulus
- Zum 91. Ruth Schirm
- Zum 90. Gisela Bernitt
- Zum 89. Ilse Hauke, Ursula Prager
- Zum 86. Resel Wolfrum
- Zum 85. Max Lamprecht, Wolfgang Renner
- Zum 84. Gisela Jungklaß
- Zum 83. Ursula Gladitz, Susanne Kiewel, Dorothea Seidel
- Zum 81. Fred Knittel
- Zum 80. Henning von Schirrmeister
- Zum 70. Christine Zschwinzert, Manfred Grabe

Wahlkreisbüro Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
(Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße)
buero.schulze@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr
Mittwoch 13 – 18 Uhr
Und nach Vereinbarung!

www.sprengbuero.de
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero



BÜRGERBÜRO BLUM – SEIDEL – WOLF
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77
kontakt@carola-blum.de / www.carola-blum.de
Sozial- und Mietenberatung
Do 17-18 Uhr: 11.7. / 25.7. / 8.8. / 5.9. / 19.9.

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

an jedem ersten und dritten Mittwoch des Monats

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwälte Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)
LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

Das ist das Letzte

Ein Drecksack hat von der Jannowitzbrücke auf ein Ausflugsschiff gepinkelt. Die Fahrgäste sprangen auf. Einige stießen mit den Köpfen gegen die Brücke. Vier Leute landeten mit Platzwunden im Krankenhaus.

Mir scheint, dass in Berlin noch andere „Brückenpinkler“ herumlaufen. Manche pinkeln auf die Wohnungsnot. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen leisten sich den Leerstand von 6.300 Wohnungen. Das wären Quartiere für 12.000 Menschen. Aber einige Besitzer hoffen auf „Luxus-Suiten“. Vielleicht sollten die Bewerber mal als „Selbsthilfebriade“ mit Tapetenrollen unter dem Arm dort anklopfen?

Die illegalen Müllhaufen neben überfüllten BSR-Tonnen fördern nicht die gewissenhafte Mülltrennung. Wer pinkelt auf den „Restmüll“?

Die zwecks Baufreiheit abgesägten Bäume in den Kiez-Oasen übersteigen bei weitem die Nachpflanzungen. Wer pinkelt auf das Stadtklima?

Und was nun die Elektro-Fahrzeuge, ihre „Tankstellen“ und den Schutz der Fußgänger betrifft, stinkt auch zum Himmel!

Berlin hat eine rot-rot-grüne Koalition im Rathaus. Im Kanzleramt herrschen andere Mehrheiten und Lobbyisten. In Brüssel herrscht nur noch Verwirrung. Der Landesvorstand der LINKEN fragt, was wir „zum nachhaltigen sozial-ökologischen Umbau“ der Hauptstadt beitragen können? Und wie wir „kommunizieren“ sollen?

Jedenfalls kaum mit 100-Seiten-Strategiepapieren. Eher mit spürbaren Sofortmaßnahmen! Und immer fürs Gemeinwohl!

Wir sammeln nun das Zifgache an Unterschriften gegen „Deutsche Wohnen“, weil die auf den Mietendeckel pinkelt. Es geht nicht um die Enteignung, sondern um die Rettung der enteigneten Mieter, um die Respektierung des Grundgesetzes und um die Rettung der Demokratie. Der Juso Kevin zieht das durch, auch wenn er mit Chlor besprüht wird.

Wir sind als „Partei für den Alltag“ angetreten. Das beginnt vor der Haustür in Berlin. Und ohne linken Aufbruch kommt kein Umbruch!

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. **Redaktionsschluss:** 25.06.2019

Ausgabetag für Nr. 09/2019 – 05.09.2019

Ein Tag mit Elke Breitenbach, Linke-Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales



Noch einmal tief durchatmen, bevor es losgeht und die Presse kommt.



Dann ging es zur Jugendarbeitsagentur und der Vorstellung des neuen Webauftritts.



Zwischendurch ein historischer Moment: Unterzeichnung der Leitlinien der Wohnungslosenpolitik, die seit 20 Jahren immer wieder scheiterte.



Am Abend schließlich die Vorstellung des Qualitätsmanagement-/Beschwerdemanagementkonzeptes in Unterkünften für Geflüchtete und die Präsentation erster Ergebnisse.

Bilder und Bildunterschriften
Orlando El Mondry